

# Potsdams] *andere* [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

August 2016

Nr. 08 · 12. Jahrgang

## Tausende denken die Potsdamer Mitte NEU

DIE LINKE erneut mit Antrag in der Stadtverordnetenversammlung für „Mercure“-Erhalt

Einen großen Karton mit neun Ordnern und tausenden eingetragenen Unterschriften brachte die Initiative „Potsdamer Mitte neu denken“ zu Beginn der Stadtverordnetenversammlung am 6. Juli 2016 in den Plenarsaal des Stadthauses. 17.017 Unterschriften hat die Initiative gesammelt, tatkräftig unterstützt auch von der Fraktion der LINKEN und der ANDEREN, die sie dem Wahlleiter Matthias Förster übergaben. Dabei betonten die Protagonisten in kurzen



Statements am Mikro noch einmal, warum es ihnen mit ihrer Gegenbewegung gegen das „Leitbautenkonzept zur Annäherung an die historische Mitte“ geht: Nicht vordergründig DDR-Architektur solle gerettet, sondern der öffentliche Raum bewahrt und vor der Veräußerung in Privatbesitz geschützt werden.

Genau darum geht es! Die Initiative will vor allem den Verkauf weiterer Grundstücke in der Mitte Potsdams verhindern und die bestehenden Bauten wie Fachhochschule

und Staudenhof erhalten. Matthias Förster wird nun die Rechtmäßigkeit der Fragestellung für das Bürgerbegehren rechtlich bewerten lassen und überprüfen, ob das Quorum von 10 Prozent der wahlberechtigten Potsdamerinnen und Potsdamer mit gültigen Unterschriften erreicht wurde, das wären 13.600. Dann wird die Stadtverordnetenversammlung darüber abstimmen. Bei vermutlicher Ablehnung würde ein Bürgerentscheid eingeleitet werden, bei dem dann allerdings 25 Prozent der Wahl-

berechtigten zustimmen müssten (rd. 34.000 Potsdamer).

Vor diesem Hintergrund brachte die LINKE erneut einen Antrag ein, auf den Abriss des Mercure zu verzichten. Dr. Hans-Jürgen Scharfberg erinnerte in der Antragsbegründung daran, dass mit dem Beschluss zur Änderung der Sanierungsziele im März der Oberbürgermeister innerhalb von vier Monaten ein Finanzierungskonzept für den Erwerb und den Abriss des Hotels vorlegen sollte. Nach zwischenzeitlicher Informa-

tion des Oberbürgermeisters gebe es allerdings keine Verkaufsabsichten des damaligen Eigentümers. Der danach vollzogene Eigentümerwechsel des Pakets von zehn ehemaligen Interhotels der DDR für 60 Millionen Euro pro Hotel lege nahe, dass die Stadt diesen Betrag mindestens aufbringen müsste. Unter Berücksichtigung der Beschlusslage, die den Einsatz städtischer Mittel ausschließt, muss von dem Sanierungsziel „Abriss des Mercure“ Abstand genommen werden.

## Demo: Teilhabe – voll behindert #BrandenburgsagtNein

Hunderte von Betroffenen und Sympathisanten demonstrierten am 14. Juli vor dem Landtag gegen den Entwurf des Bundesteilhabegesetzes. So wie es ist, muss es abgelehnt werden. Also setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass es so wie es ist, nicht bleibt, sondern so wird, wie es sein soll: ein Bundesteilhabegesetz und kein „Bundesdraußenhaltegesetz“! Dafür sprach Fraktionsvorsitzender Ralf Chri-

stopfers vor dem Demonstranten (FOTO). Die Debatte läuft nicht erst seit heute,



sondern schon seit Monaten bzw. Jahren. DIE LINKE.Brandenburg befasst sich mit Hochdruck mit dem Thema und mischt sich ein. Wir hatten den Landesbehindertenbeauftragten Jürgen Dusel in der Fraktion, haben im Dienstagsgespräch mit vielen Akteuren darüber diskutiert, reden mit Betroffenen und sind überall dabei! Wir kämpfen mit den Betroffenen - und zwar nicht erst von jetzt sondern bereits von Anfang an!

**Wir fordern:**

**Das Recht auf Sparen für alle!**

**Das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben, wo und mit wem man will!**

**Ein uneingeschränktes Wunsch- und Wahlrecht!**

**Das Recht auf eine eigene Familie!**

**Das Recht auf bedarfsdeckende Hilfeleistungen für alle Menschen, die darauf angewiesen sind!**

## In dieser Ausgabe

### LINKS KOMMENTIERT

**2** Zehn Jahre Bürgerhaushalt/ Kalenderblätter August

### LINKS IM PARLAMENT

**3** Norbert Müller, MdB, zur Demokratisierung linker Wähler/Regiokonferenz Potsdam – Potsdam-Mittelmark/Pressefest der Kleinen Zeitungen“

### LINKS IM RATHAUS

**4** Zur Schubert-Wahl/ SVV aktuell/Klausur der LINKEN-Stadtfraktion

### LINKS IN UNSERER STADT

**6** Erfolg für Stadtteilnetzwerk Potsdam-West/Die AfD und Alexander Gauland/DIE LINKE auf Sommertour für mehr Gemeinschaftsschulen/Gesundheitskarte für Geflüchtete/-Zukunft für Biosphäre



### SERVICE

**8** Sommerfest der Potsdamer LINKEN und andere Programm-Veranstaltungshinweise

## Informationen der Redaktion

Die September-Ausgabe von „Potsdams andere Seiten“ erscheint am 8. September 2016. Redaktionsschluss ist am 23. August 2016.

Die Redaktion

# Quo vadis Bürgerhaushalt?

Zehn Jahre Bürgerhaushalt in Potsdam sind ein guter Anlass, um über dieses Mittel der Bürgerbeteiligung zu diskutieren. Die Veranstaltung zum Bürgerhaushalt hatte zwei Ziele. Zum einen soll zunächst grundsätzlich über das Instrument des Bürgerhaushalts und die Möglichkeiten der Partizipation hingewiesen werden. Zum zweiten soll unsere LINKE-Kritik an der konkreten Ausgestaltung sowie im Kontrast hierzu unsere Vorstellungen deutlich werden.

Die Art und Form der Kampagne und die Möglichkeit der Beteiligung begrüße ich. Der Bürgerhaushalt hat in der Stadt einen hohen Symbolwert für die Bürgerkommune, dient den Bürgern für das poli-

tische Agenda-Setting, dient der Stadt als Seismograph für politische Veränderungen und Aktualitäten und er dient der Information und Austausch zwischen Verwaltung und Bürgerschaft.

Der eher unverbindliche Bürgerhaushalt hat sich zum Mittel des Agenda-Setting einer emanzipierten Stadtgesellschaft - eine Art Meinungsumfrage - entwickelt. Daher ist es für mich entscheidend, wie die Haltung/Einstellung der Stadt zu diesem Instrument ist. Ist es eher ein Mittel, um im Haushalt zu sparen oder eher eines für die Bevölkerung, um mitzugestalten. Daher sollten wir gemeinsam auch über die Auftaktveranstaltung nachdenken, die eher

abschreckend wirkt, als motivierend. Ich kann mir vorstellen, im Zuge der Haushaltverhandlungen, auch über den Bürgerhaushalt zu reden. Schlagworte könnten sein: ein verbindliches Budget im Haushalt, stadt- und ortsteilbezogenes Budget, stadt- und ortsteilbezogene Fonds oder die terminliche Anpassung des Bürgerhaushaltes an den Haushalt, d.h. den Prozess des Bürgerhaushaltes um ein halbes Jahr vorzulegen, damit die Vorschläge vor dem Einbringen des Haushalts vorliegen.

Die Debatte darum ein gutes Instrument besser zu machen sollten wir gemeinsam angehen. Es lohnt sich.

-sakraem

## Kalenderblätter August

1871

### Karl Liebknecht geboren

Karl Liebknecht wurde am 13. August 1871 als Sohn von Wilhelm Liebknecht und Nathalie, geb. Reh, in Leipzig (Königreich Sachsen) geboren. Er studierte von 1890-93 Rechtswissenschaften und Nationalökonomie in Berlin und Leipzig. Von 1901-13 war Karl Liebknecht Mitglied der Berliner Stadtverordnetenversammlung. 1908 wurde er auch Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses und 1912, als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, Abgeordneter des Reichstages.

Karl Liebknecht stimmte im Dezember 1914 und August 1915 als einziger Abgeordneter im Reichstag im Auftrag Potsdamer Genossen gegen die Kriegskreditvorlagen. Am 1. Mai 1916 wurde er bei einer öffentlichen Kundgebung in Berlin verhaftet und zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Oktober 1918 wurde er begnadigt und trat gemeinsam mit Rosa Luxemburg als Führer der Spartakusbewegung gegen das Bürgertum und die neue Regierung auf.

Am 9. November 1918, 16.00 Uhr, rief Karl Liebknecht vom Balkon des Berliner Schlosses die „Sozialistische Republik“ aus. Neben Rosa Luxemburg und Leo Jogiches gehörte er zu den Gründern und Führern der Kommunistischen Partei Deutschlands. Karl Liebknecht wurde von Angehörigen der Garde-Kavallerie-Schützendivision gefangen genommen und am 15. Januar 1919 ermordet. Sein Grab ist auf dem Zentralfriedhof Berlin-Friedrichsfelde zu finden.

1926

### Große Antikriegs-demo in Preußens Metropole

7.000 RFB-Mitglieder demonstrieren am 1. August in Potsdam aus Anlass des Antikriegstages. Auf dem mitgeführten Sarg steht: „Jedem Krieger sein eigenes Heim“, „Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß“ und „Krieg dem Kriege!“. Am Alten Markt beschlagnahmt die Polizei den Sarg; fünf Demonstranten werden verhaftet und zu je fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Massenproteste allerdings zwingen zur späteren Aufhebung des Urteils. -rt

1956

### Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands

Am 17. August hat das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe die Kommunistische Partei Deutschlands verboten. Bereits zwei Jahre nach Gründung der Bundesrepublik — in deren 1. Bundestag auch Abgeordnete der KPD vertreten waren — hielt es die Adenauer-Regierung schon 1951 offenbar für notwendig, die angebliche Verfassungswidrigkeit der KPD feststellen zu lassen, und das wenige Jahre nach der Niederlage des Faschismus, gegen den die KommunistInnen im Widerstand große Opfer ge-

bracht hatten. Das Gericht folgte dem Antrag der Bundesregierung, löste zugleich die KPD auf und verbot die Schaffung von Ersatzorganisationen. In der Folgezeit setzte eine rigorose Verfolgung von Mitgliedern der Partei und anderer oppositioneller linker Kräfte — Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Liberale, Christen und Parteilose — ein, die wegen ihres Engagements und ihrer politischen Überzeugung kriminalisiert wurden. 1933 war die Partei schon einmal verboten worden.

1961

### 1961 – Friedliche Lösung der deutschen Frage

Auf der Großkundgebung am 2. August anlässlich des 16. Jahrestages der Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens spricht Dr. Paul Wandel, Stellv. Außenminister der DDR: „Die Grobforderungen des Potsdamer Abkommens, die mit der Charta der Vereinten Nationen voll und ganz übereinstimmen, sind heute wie vor 16 Jahren die völkerrechtliche Grundlage für die friedliche Lösung der deutschen Frage. Die DDR wird gemeinsam mit der Sowjetunion und allen anderen am Frieden interessierten Mächten dafür Sorge tragen, dass die Fristen zum Abschluss eines Friedensvertrages nicht länger zum Nutzen der westdeutschen Militaristen und zum Schaden des Friedens ausgedehnt werden.“ (MV, 03. 08. 1961)

#### IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.

**HERAUSGEBER:** Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Sascha Krämer**, Vorsitzender. Dorststraße 53, 14467 Potsdam.

**REDAKTION:** medienpunkt potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam **Bernd Martin** (V.i.S.d.P.); **Rainer Dyk**, Redakteur; **H. Jo. Eggstein**, Layout; **Renate Frenz**, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;

**ANZEIGEN:** Sekretariat.

**BANKVERBINDUNG:** Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00

„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrender Kürzungen vor.

**DRUCK:** Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

## Die „Demokratisierung“ der linken WählerInnenschaft

Norbert Müller, MdB,  
über die Ergebnisse der „Mitte-Studie“

Die seit 2016 von der Heinrich-Böll-Stiftung, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Otto-Brenner-Stiftung finanzierte sogenannte „Mitte-Studie“ hat zum wiederholten Mal besorgniserregende Befunde über die politische Stimmungslage in Deutschland aufgezeigt. Die ForscherInnen der Universität Leipzig zeichnen das Bild verstärkter Polarisierung der Gesellschaft. Zwar hat sich der Anteil der insgesamt demokratisch eingestellten Menschen im Vergleich zur Vorläuferstudie deutlich von 40 Prozent im Jahr 2006 auf heute 60 Prozent erhöht. Gleichzeitig ist in weiten Teilen der Bevölkerung eine Zunahme von Gewaltakzeptanz und Gewaltbereitschaft zu verzeichnen. Das mag hinsichtlich fast täglich stattfindender Anschläge auf Geflüchtetenunterkünfte nicht überraschen, ist jedoch immer wieder verstörend. Auch Vorurteile und Hass auf Andersdenkende und Fremde sind nach wie vor weit verbreitet. So empfinden es 40,1 Prozent aller Befragten als „ekelhaft“, wenn sich Homosexuelle in der Öffentlichkeit küssen und 41,4 Prozent plädieren dafür, Muslimen die Zuwanderung nach Deutschland generell zu untersagen. Immer weniger Menschen weisen ein geschlossen rechtsextremes Weltbild auf, aber gleichzeitig sind antimuslimischer Rassismus und Antiziganismus auf dem Vormarsch.

Neu ist nun, dass sich mit der AfD eine „politische Heimat“ für Menschen mit Vorurteilen und rechtsextremen Einstellungen herausgebildet hat, die bundesweit zweistellige Werte erzielt. So befürworten 77,5 Prozent der AfD-AnhängerInnen beispielsweise die

Aussage, dass Sinti und Roma aus Innenstädten verbannt werden sollten - ein trauriger Rekordwert.

Die hohen Zustimmungswerte der AfD und der gleichzeitige Verlust von WählerInnen der LINKEN bei den vergangenen Kommunal- und Landtagswahlen wurden mehrfach mit einer Abwanderung von ProtestwählerInnen von der LINKEN hin zur AfD erklärt. Dieser These muss klar widersprochen werden. So verorten sich einerseits lediglich acht Prozent derjenigen, die bei der vergangenen Bundestagswahl DIE LINKE gewählt haben, mittlerweile bei der AfD. Deutlich größere WählerInnenzuwanderung verbucht die AfD jedoch von AnhängerInnen der Union und aus dem Lager der NichtwählerInnen. Zudem steht DIE LINKE bundesweit seit Jahren stabil zwischen 8 und 10 Prozent mit der Tendenz zu 10 Prozent. Seit der Bundestagswahl zeichnet DIE LINKE bei realen Abwanderungen zur AfD zugleich absolute Stimmenzugewinne von enttäuschten SPD- und GrünenwählerInnen, aber auch von NichtwählerInnen.

Diesen Austausch der WählerInnenenschaft beschreiben die AutorInnen der „Mitte Studie“ als „Demokratisierung“ der LINKEN. Die Zahl der AnhängerInnen der LINKEN mit ausgeprägten Vorurteilen, chauvinistischen oder ausländerfeindlichen Einstellungen hat sich im Vergleich zur „Mitte-Studie“ 2010 nahezu halbiert. Diese Entwicklung hängt mit dem konsequenten und entschlossenen Einsatz der LINKEN für eine humanistische Migrati-



onspolitik und gegen Neonazismus und Rechtspopulismus zusammen.

Dabei haben wir die Stärke und Stabilität der LINKEN dem Zustrom aus dem demokratischen, sozial-liberalen Milieu zu verdanken. Die „Mitte-Studie“ zeigt, dass der Großteil der Bevölkerung offen für humanistische Argumentationen ist.

Der Intoleranz und dem Hass, wie ihn die AfD versucht heraufzubeschwören, müssen wir als LINKE entschlossen entgegenzutreten. DIE LINKE muss konsequent in den Zielen, begeistert und kämpferisch in der Ansprache sein. Wir müssen die aktuellen Verhältnissen kritisieren, über sie hinaus weisen und so der breiten Unzufriedenheit der Menschen eine Stimme geben. Nationale Argumentationsmuster helfen auf diesem Weg nicht weiter.

Für die LINKE heißt das, konsequent an der Überwindung der sozialen Spaltung zu arbeiten und dabei solidarisch und konkret für die Rechte von Abgehängten und Geflüchteten zugleich zu kämpfen. DIE LINKE muss im Bundestag und auf der Straße die echte soziale Alternative zum Einheitsbrei der bürgerlichen Parteien und zum erstarkenden Rechtspopulismus sein.

## „Kleine Zeitungen“ ganz groß!

Da ist es wieder - das Pressefest der „Kleinen Zeitungen“! Zur Tradition geworden, dann vergessen und nun wiederbelebt, fand das Pressefest am 9. Juli in Bernau statt. Und die GenossInnen haben sich da einiges einfallen lassen. Ein buntes Bühnenprogramm über den ganzen Tag ließ für Groß und Klein keine Langeweile aufkommen. Neben Musik aus der „Dose“ war auch jiddische und lateinamerikanische Musik mitzuerleben und Ralf Christoffers als Fraktionsvorsitzender, Tom Strohschneider als Chefredakteur des „Neuen Deutschland“, Diana Golze als Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg – so viel Zeit muss sein – und Dagmar Enkelmann als Vorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung standen Rede und Antwort. Für einen Bernauer Sportverein fand ein



Spendenlauf statt, Schachfreunde konnten sich am Simultanschach beteiligen, an Infoständen präsentierten sich „Cuba si“, die „Rosa-Luxemburg-Stiftung“, Das „Neue Deutschland“, die „Junge Welt“ und natürlich die „Roten Reporter“ mit zehn kleinen Zeitungen. Für die „Roten Reporter“ lief parallel ein Workshop zum Thema „Interview“, mit der Chance, Diana Golze, Ralf Christoffers oder Tom Strohschneider zu interviewen. Das war eine spannende, aber auch anstrengende Angelegenheit und interessant wie die verschiedenen TeilnehmerInnen sich dem Thema stellten.

Zusammengefasst - ein sehr kompaktes und abwechslungsreiches Programm, von dem auch viele BernauerInnen Gebrauch machten, mit dem sich DIE LINKE in der Öffentlichkeit präsentierte, sich den brennenden Fragen stellte und sich prominente VertreterInnen zur Verfügung stellten.

Deshalb ein großes Dankeschön an die OrganisatorInnen und Grund diese Tradition am Leben zu erhalten.

Frihthof Newiak

## Regionalkonferenz in Potsdam



Auch der allerletzte Platz war besetzt, als sich Mitglieder, SympathisantInnen und Interessierte am 30. Juni 2016 im Potsdamer Humboldt-Gymnasium trafen, um sich auf der öffentlichen Regionalkonferenz der LINKEN der Kreisverbände Potsdam und Potsdam-Mittelmark über Politik im Allgemeinen und im Konkreten lebhaft auszutauschen. Themen waren neben der Bildungs- sowie der Wohnungspolitik die Situation und Entwicklung der LINKEN.

Wie gehen wir mit dem Rechtstrend in unserem Land um? Hat DIE LINKE wirklich viele bzw. welche WählerInnen an die AfD „verloren“? Wie sind unsere Antworten auf konkrete Probleme der BürgerInnen? Brauchen wir eine Richtungsvorgabe des Landesvorstandes oder sind es eher die GenossInnen selbst, die die Politik gestalten? Der Redebedarf ist - auch angesichts einer sich stark verändernden und polarisierenden Gesellschaft - groß. Gut, dass es die Regionalkonferenzen der Brandenburger LINKEN gibt.

## Sommerklausur der Fraktion

Seit der Wahl am 25. Mai 2014 sind 16 Monate vergangen. Zweimal jährlich zieht die Fraktion Bilanz ihrer Arbeit. So auch am 8. Juli 2016. Bisher hat die Fraktion 133 Anträge in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht, von denen 70 beschlossen, 32 abgelehnt, 6 zurückgezogen und 15 durch Verwaltungshandeln erledigt wurden. 10 befinden sich noch im Geschäftsgang. Mit 133 Anfragen und 80 Kleinen Anfragen haben Mitglieder unserer Fraktion Probleme aufgenommen, die meistens von Bürgern der Stadt an uns herangetragen wurden. In 83 Fraktionssitzungen und ca. 166 Stunden hat sich die Fraktion auf die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und der Ausschüsse vorbereitet, sich zu wichtigen Fragen der Stadtpolitik verständigt, Gespräche mit Vereinen, Verbänden und der Verwaltung geführt. Diese intensive Arbeit konnte nur dank des großen Engagements jedes einzelnen Mitgliedes geleistet werden. Wichtig war es, noch einmal hervorzuheben, dass wir als Fraktion an unserem kollektiven Wirken gemessen werden, an unserem Fachwissen, an unserem nach außen geschlossenem Auftreten, an unserer Berechenbarkeit. Deutlich wurde aber auch, dass wir uns noch besser als bisher auf die „bunte“ Zusammensetzung der Fraktion einstellen müssen. Da sind die „alten“ Mitglieder, die schon sehr lange dieses Amt ausüben und diejenigen, die erst kürzere Zeit dabei sind. Dementsprechend unterschiedlich sind die Erfahrungen und die Fragen. Da gilt es, die verschiedenen Lebenssituationen zu akzeptieren, die auch unterschiedliche Flexibilität der/des Einzelnen mit sich bringen. Dass das nicht immer ohne Reibung abläuft, ist nicht ungewöhnlich. Dass es uns über die Zeit gelungen ist, diese Reibungen in einem kulturvolleren Miteinander nicht zu Störungen werden zu lassen, ist angesichts des hohen Arbeitspensums umso bemerkenswerter. Die politischen Konstellationen in der Stadtverordnetenversammlung und im Rathaus machen das alles nicht leichter!

## Eine „drittklassige Besetzung“ für die Stadtspitzenmannschaft



Der „Gewählte“ (4.v.l.) 2014 im Kreise seiner „Kooperativen“.

Foto. R. Dyk

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung Anfang Juli in einem sehr fragwürdigen Verfahren einen neuen Sozialbeigeordneten gewählt. Erst im dritten Versuch stimmte mit 27 mal Ja und 26 mal Nein eine hauchdünne Mehrheit für Mike Schubert. Im ersten Wahlgang galten für eine erfolgreiche Wahl erhöhte Anforderungen. Es hätten sich mindestens 29, also mehr als die Hälfte aller Stadtverordneten für den Wahlvorschlag des Oberbürgermeisters aussprechen müssen. Diese absolute Mehrheit ist erreicht worden, allerdings genau umgekehrt, denn nur 23 Stadtverordnete sprachen sich für Herrn

Schubert und 31 gegen ihn aus. Eigentlich hätte damit die Wahl abgebrochen werden müssen. Der Oberbürgermeister wollte aber nach einer Auszeit noch einen zweiten Wahlgang, in dem 26 Ja-Stimmen gegen 27 Nein-Stimmen standen. Erst im dritten Wahlgang war der Kandidat mit einer Stimme Mehrheit gewählt. Dieses erbärmliche Schauspiel stand im völligen Widerspruch zu der Forderung der Linksfraktion, dieses wichtige Amt nach dem Prinzip der besten fachlichen und persönlichen Eignung zu besetzen. Nach der öffentlichen Ausschreibung und einem professionellen Auswahlverfahren gab es eigentlich gute

Ergebnis der Vorauswahl und benannten eben nicht die erfahrene Kandidatin, sondern den SPD-Fraktionschef. Damit siegte die auf Selbstbedienung und Postenschacher ausgerichtete Arithmetik der Rathauskooperation. Blamiert haben sich die Grünen, die ihre Grundsätze der Gleichstellung über Bord geworfen haben. Blamiert hat sich auch der Oberbürgermeister, dem die volle Stimmenzahl der Kooperationsfraktionen zugesagt war, der aber in geheimer Wahl ein Debakel erlebte. Diese Kumpanei, die nichts mit dem Wohl der Stadt zu tun hat, wird sich noch rächen.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

## Aus Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vor der Sommerpause

Am 6. Juli 2016 haben wir die letzte Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vor der Sommerpause absolviert. Nach der für den Oberbürgermeister und die Rathauskooperation mehr als blamablen Beigeordnetenwahl konnten wir mit dem Beschluss vieler unserer Anträge noch einmal politische Akzente setzen.

So hat einer unserer Anträge bewirkt, dass die Finanzierung des Integrationsgartens am Schlaatz auf sicherere Füße gestellt wurde, wenngleich unser Hauptanliegen, eine Grundfinanzierung zu gewähren, noch nicht erreicht ist. Da müssen wir noch einmal nachfassen.

Erreicht haben wir, dass auch die über 6 Jahre alten Kita-Kinder für Gruppenausflüge ab dem neuen Kita-Jahr keinen ÖPNV-

Fahrschein mehr lösen müssen. Eine tatsächliche Erleichterung für Eltern und ErzieherInnen.

Weitere Anträge zielten auf den längerfristigen Erhalt des Rechenzentrums als Kreativhaus, was nun bis November 2016 geprüft wird und auf die Wiedernutzbarmachung der früheren Gaststätte „Charlottenhof“ als öffentliches Begegnungshaus. Aus letzterem wurde allerdings nur ein Bekenntnis der SVV zu dem Ziel der weiteren Entwicklung der „Scholle 34“. Zu mehr wollte sich die übliche Mehrheit nicht durchringen.

Passend zu dem an diesem Tag erfolgreich abgeschlossenen Bürgerbegehren zur Potsdamer Mitte und auf die Ablehnung des Kaufangebotes der Stadt durch den neuen

Hoteleigentümers reagierend, haben wir gefordert, den Abriss des „Mercur“ nicht weiter als Sanierungsziel zu verfolgen. Immerhin: Der Antrag wurde nicht abgelehnt, sondern in die Ausschüsse überwiesen.

Die Verwaltung hatte eine Änderung der Winterdienstsatzung vorgelegt, mit der sie einem Antrag der Fraktion und vielen Kritiken aus der Bevölkerung entsprach: Ab sofort müssen die Ausbringer von Streugut (Split und Sand) dieses auch wieder beseitigen. Dies sah die Satzung bisher nicht vor, die Folgen sind bekannt.

Auch weitere Anträge der LINKEN wurden positiv beschieden, ausführlich nachzulesen im Juli-Rathausreport unter: [dielinke-potsdam.de/fraktion/rathausreport/aktuelle\\_ausgaben](http://dielinke-potsdam.de/fraktion/rathausreport/aktuelle_ausgaben)

Dr. Sigrid Müller

# Die Täter verurteilen statt die Enthüller verfolgen

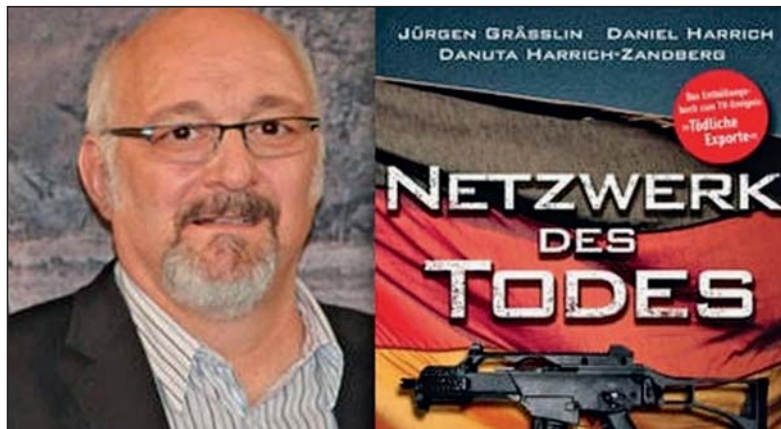
Petition fordert die Einstellung der Ermittlungen gegen Rüstungskritiker Jürgen Grässlin u.a.

Strafverfolgung gegen Enthüllungsaoren: Gegen Jürgen Grässlin, Daniel Harrich und Danuta Zandberg-Harrich ermittelt derzeit die Staatsanwaltschaft. Wir protestieren, weil ein solches Vorgehen investigative Journalisten einschüchtern und Whistleblower entmutigen soll.

In ihrem Dokumentarthriller „Meister des Todes“ und dem zugehörigen Enthüllungsbuch („Netzwerk des Todes“) belegen Jürgen Grässlin, Daniel Harrich und Danuta Zandberg-Harrich die illegalen Exporte von G36-Sturmgewehren durch die Firma Heckler & Koch nach Mexiko. Für ihre journalistische Leistung erhielten sie im April 2016 den Grimme-Preis.

Jetzt ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen die Enthüller, wegen der Veröffentlichung von Dokumenten. Unglaublich, aber wahr: Daniel Harrich hatte der Staatsanwaltschaft zahlreiche Dokumente zur Verfügung gestellt, auf deren Basis die staatsanwaltschaftliche Klageschrift gegen Heckler & Koch verfasst werden konnte. Statt eines Dankes wird jetzt von der Staatsanwaltschaft gegen die Autoren des Buches „Netzwerk des Todes“ ermittelt.

Bereits 2010 hatte Jürgen Grässlin wegen dieser illegalen Rüstungsexporte Strafanzeige gegen die Herstellerfirma Heckler & Koch gestellt, gefolgt von einer Anzeige gegen die Bundesbehörden, die diese Waffenexporte genehmigten. Jetzt erst, am 18. Mai 2016, also rund sechs Jahre nach der Anzeige, verkündete die Staatsanwaltschaft, zumindest gegen fünf frühere Heckler & Koch-Mitarbeiter (darunter Peter Beyerle, früherer Präsident des Landgerichts in Rottweil, mit Zuständigkeit für Oberndorf /dem Sitz von



Heckler & Koch) ein Hauptverfahren zu eröffnen: Sie hätten „gemeinschaftlich... gewerbsmäßig und als Mitglied einer Bande ... vorsätzlich Kriegswaffen ausgeführt“. Gegen die zuständigen Genehmigungsbehörden ermittelt die Staatsanwaltschaft nicht: Es liege kein „hinreichender Anfangsverdacht“ vor.

Für die Aufnahme der Ermittlungen gegen Grässlin und andere hingegen, die den Skandal der „bandenmäßigen“ Rüstungsverkäufe aufdeckten, genügten der Staatsanwaltschaft drei Monate.

Diese unausgewogene Vorgehensweise stellt eine massive Bedrohung für investigativen Journalismus dar und bedeutet eine erhebliche Gefährdung von Whistleblowern.

Deshalb: Einstellung der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen Jürgen Grässlin u.a.

Diese Petition wird versendet an: Staatsanwaltschaft München

Maik Schlurhoff, Konstanz, Deutschland

## TTIP und CETA stoppen

Im Herbst will die EU-Kommission Fakten schaffen und CETA, das Handelsabkommen mit Kanada, unter Dach und Fach bringen. Auch die Verhandlungen um TTIP kommen in die heiße Phase. Deshalb ist es höchste Zeit, unseren Protest weiter zu verstärken. Mit Demonstrationen in mindestens sieben Städten werden wir am Sonnabend, dem 17. September 2016, ein starkes Zeichen setzen.

Sei wieder dabei - in Hamburg, Berlin, Leipzig, Köln Frankfurt am Main, Stuttgart oder München! Gemeinsam fordern wir: TTIP und CETA stoppen - Für einen gerechten Welthandel!

## Handelspolitik: „Ein Weiter-so geht nicht“

Zu lange habe Europa eine Handelspolitik betrieben, die zu wenig Entwicklung für alle bewirke und damit Armut und Migrationsbewegungen verursachte, so der Handelsexperte der Linksfraktion im Europäischen Parlament, Helmut Scholz. „Deshalb muss eine Strategie ‚Handel für Alle‘ diese künftigen Herausforderungen nicht nur benennen, sondern konkrete Strukturen einer multilateralen Welthandels- und Wirtschaftsordnung auf den Weg bringen“, forderte der LINKE-Politiker in der Debatte zur Handelsstrategie der EU.

Helmut Scholz in der Rede: „Wir begrüßen durchaus die zunehmende Bedeutung, die Aspekten des fairen Handels von Seiten der EU-Kommission gegeben wird. Dennoch bleibt es das grundlegende Konzept der neuen langfristigen Handelsstrategie der EU-Kommission, Gewinne für die großen

transnational agierenden Unternehmen in Produktion mit all den neuen technologischen Umbrüchen, im Dienstleistungsbereich als auch auf den Finanzmärkten der EU zu Lasten der anderen Weltregionen und de facto auch von kleinen und mittelständischen Unternehmen in der EU zu fördern.“

Die GUE/NGL-Vision der künftigen internationalen Handelsbeziehungen baue dagegen auf Vorstellungen von Solidarität, wirtschaftlicher Gerechtigkeit und fairen Handelsbeziehungen auf. Das spiegelt sich auch in einem zweiten, zur Abstimmung gebrachten Überprüfungsbericht wider. Ein Überprüfungsbericht der Linksabgeordneten Eleonora Forenza hinsichtlich der von der EU-Kommission und Rat zu berücksichtigenden und umzusetzenden Forderungen des Europaparlaments zu sozialen

und Umweltstandards, zu Menschenrechten und zur sozialen Verantwortung von Unternehmen durch die Kommission.

Helmut Scholz weiter: „Eine Strategie ‚Handel für Alle‘ muss deshalb die künftigen Herausforderungen nicht nur benennen, sondern konkrete Strukturen einer multilateralen Welthandels- und Wirtschaftsordnung auf den Weg bringen. Jetzt, nicht erst morgen oder übermorgen. Auch für die Handelsstrategie geht ein Weiter-so mit Blick auf Menschenrechte, Klimawandel, soziale und Beschäftigungsstandards und soziale Verantwortung der Unternehmen in der gesamten Wertschöpfungskette nicht mehr!“ Eine Alternative zur heutigen Politik sei das Alternative Handelsmandat, das von vielen NGOs erarbeitet wurde, so Helmut Scholz.

## Wir trauern um die Opfer von Nizza

Zum Terroranschlag in Nizza erklären Katja Kipping und Bernd Riexinger: „Wir sind traurig und zutiefst erschüttert über den Terroranschlag in Nizza. Unsere Anteilnahme gilt den Freunden und Familien der Opfer. Dem Hass und der Gewalt gegen unschuldige Menschen müssen wir entschieden begegnen, indem wir als friedliche Bürgerinnen und Bürger, gleich welcher Herkunft oder Religion, gemeinsam für Demokratie, Freiheit und Solidarität eintreten.“

## Bei jedem Putsch verliert die Demokratie

„Wir verurteilen den Putsch als Angriff auf jede demokratische Perspektive in der Türkei und sprechen den Angehörigen und Familien der Getöteten unser Mitgefühl aus“, erklärten die Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE, Dietmar Bartsch und Sahra Wagenknecht, und die Vorsitzenden der Partei DIE LINKE, Katja Kipping und Bernd Riexinger. Sie erklärten weiter: „Die antidemokratische Politik Erdogans, die Verfolgung der Opposition, der Krieg gegen die Kurden, die Unterdrückung zivilgesellschaftlichen Engagements spaltet die Gesellschaft und wird sie weiter spalten. In diesem Moment kommt der Bundesregierung eine besondere Verantwortung zu. Sie muss ihre Politik gegenüber Erdogan dringend korrigieren. Es muss ein Zeichen gesetzt werden für einen friedlichen Dialog und eine demokratische Wende in der Türkei. Die in dem Land stationierten Bundeswehrsoldaten müssen umgehend abgezogen werden.“

Sevim Dagdelen, Sprecherin für Internationale Beziehungen der Fraktion DIE LINKE erklärt: „Der türkische Staatschef nutzt den gescheiterten Militärputsch zu einer ‚Nacht der langen Messer‘. Diese Säuberungen gehören zu Erdogans Masterplan auf dem Weg zur Diktatur. Schlägertrupps der AKP marodieren aber auch vor Einrichtungen von Erdogan-Kritikern in Deutschland, wie Bilder vom Wochenende belegen. Gegen AKP-Anhänger, die versuchen Andersdenkende auch in Deutschland einzuschüchtern, muss endlich rechtsstaatlich vorgegangen werden. Es ist unerträglich, dass Erdogan seine Gewaltpolitik auch hierzulande durchsetzen will.“

Zudem stellt sich die Frage, warum die Bundesregierung, die die NATO als demokratische Wertegemeinschaft betrachtet, angesichts der Gewaltpolitik Erdogans den NATO-Rat nicht einberuft. Das wären deutliche Zeichen, dass man nicht gewillt ist, den antidemokratischen Kurs Erdogans folgenlos hinzunehmen.“

## Argumentations- training gegen rechte und rassistische Positionen

Liebe Freundinnen und Freunde der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg,

am 26. August und am 16. September bieten wir gemeinsam mit dem Kommunalpolitischen Forum Brandenburg ein vierstündiges Argumentationstraining gegen rechte und rassistische Positionen an. Das Training hatte im Juli eine sehr gute Resonanz in Neuruppin und wird am 26. August in Prenzlau und am 16. September in Lübbenau wiederholt stattfinden. Wir würden uns freuen, wenn Sie/Ihr auch mögliche Interessierte darauf aufmerksam machen würdet.

Zeitgleich zur steigenden Zahl geflüchteter Menschen, die aktuell in Deutschland Asyl suchen, ist eine Zunahme rassistischer Parolen und Mobilisierungen in allen Teilen der Bevölkerung zu beobachten. Asylfeindliche und rassistische Positionen finden sich in medialen Debatten ebenso wie in Auseinandersetzungen im unmittelbaren sozialen und politischen Umfeld. Dies stellt demokratische AkteurInnen vor neue Herausforderungen.

Um diesen Herausforderungen gemeinsam zu begegnen, bieten die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg und das Kommunalpolitische Forum Brandenburg gemeinsam ein Argumentationssseminar an. Das Seminar gibt einen Überblick zu rechten und rassistischen Argumentationstechniken. Ausgehend davon werden in interaktiver Diskussion eigene Gesprächsstrategien erarbeitet. Wichtiger Teil des Seminars ist es, Gegenargumente und Gesprächstechniken zu erproben.

Das Angebot richtet sich an alle, die sich klar gegen Rassismus und Ausgrenzung einsetzen wollen und sich hierfür ein argumentatives Training wünschen.

ReferentInnen: Juliane Lang, M.A. Gender Studies/ Erziehungswissenschaft, und Timm Köhler, MSc Osteuropastudien, sind Teil des Teams von „Gegenargument – Ein Argumentationsseminar“.

Freitag, 16. September 2016, 17 Uhr  
03222 Lübbenau, Güterbahnhofstraße  
57-61, Bunte Bühne Lübbenau

Freitag, 26. August, 17 Uhr  
17291 Prenzlau, Diesterwegstraße 1

Anmeldungen bitte bis 12. August (für Prenzlau) oder bis 2. September (für Lübbenau) an [info@bbg-rls.de](mailto:info@bbg-rls.de)

## Wir haben es geschafft!

Der Innenminister von Brandenburg Karl-Heinz Schröter hat am 22. Juni 2016 seine Entscheidung vom 15.03.2016, mit der er das Ersuchen der Härtefallkommission des Landes Brandenburg abgelehnt hat, zu-

rückgenommen und Zoran, Ivana, Dusan und Vuka eine Aufenthaltserlaubnis für die Dauer von zwei Jahren erteilt nach § 25a Aufenthaltsgesetz gewährt. Wir sind glücklich und feiern mit der Familie und



ihren FreundInnen, auch auf der PLATTE (FOTO), wo wir Vule und seine Familie vor zwei Jahren kennengelernt haben. Wir denken aber auch an die Familie Novakovic und ihre UnterstützerInnen, die in diesem Frühjahr ihre Nachbarschaft in Forst verlassen musste und in eine ungewisse Zukunft in Serbien zurückgekehrt ist. Auch mit dieser Roma-Familie hätten wir gerne weiter in unserem Land zusammengelebt.

Setzt weiter viele Zeichen, dass die geringen Spielräume des Asylrechts in Deutschland von den verantwortlichen Menschen in Politik und Verwaltung zugunsten der bei uns hilfesuchenden Menschen und ganz im Sinne der von uns gewünschten Neuen Nachbarschaften genutzt werden.

**DANK an alle UnterstützerInnen, Euer Stadtteilnetzwerk Potsdam-West e.V.**

## Rückschritt und Inhumanität

Gedanken zu Alexander Gauland, Landeschef und Stellvertretender Bundesvorsitzender der AfD

„Die Leute finden ihn als Fußballspieler gut. Aber sie wollen einen Boateng nicht als Nachbarn haben“. Mit diesen Worten ließ sich der Vorsitzende der sogenannten „Alternative für Deutschland“ (AfD) im brandenburgischen Landtag, Alexander Gauland, vor der Fußball-EM vernehmen. Diese Entgleisung steht in einer Traditionslinie des Politikers, der zugleich stellvertretender Vorsitzender der AfD auf Bundesebene ist. War er früher als Herausgeber der Märkischen Allgemeinen Zeitung ein, sicher streitbarer, Konservativer, so ist er heute ein untragbarer Rechtsausleger, der die Grenzen des Sagbaren immer weiter verschieben will und das politische Klima des Landes, zu dessen Schutz er sich berufen sieht, immer weiter vergiftet.

In der Flüchtlingskrise ließ er sich mit

den Worten vernehmen: „Man kann sich nicht einfach überrollen lassen. Einen Wasserrohrbruch dichten sie auch nicht ab“. Gerade Gauland befördert, gespeist aus einem zunehmend völkisch-nationalistischen Denken, die Radikalisierung der AfD. Und er bietet einfache Antworten auf komplexe Fragen, obgleich er selbst es besser wissen müsste, dass die Probleme sich nicht einfach lösen lassen, indem Mauern hochgezogen werden.

Bei der Demonstration am 02.06.2016 in Elsterwerda zitierte er mehrfach den alten NPD-Slogan: „Heute sind wir tolerant, morgen sind wir fremd im eigenen Land“. Genau damit macht er den Rechtsradikalismus mutwillig für die Mitte salonfähig. Gauland versteht es, Ängste und Ressentiments zu bedienen. Jedoch bietet er kei-

nerlei Lösungen an, außer jene, welche in letzter Konsequenz völlig inhuman sind. Denn eine Obergrenze Null, wie sie seiner geistigen Konsequenz entspringt, bedeutet noch mehr Tote vor der Festung Europa.

Gauland bedient eine Vorstellung eines ethnisch homogenen Volkes, welche schon einmal zu einer zivilisatorischen Katastrophe geführt hat. Dass er dies ausgerechnet als gebildeter Historiker tut, macht seine geistigen Brandstiftungen umso verwerflicher. Wir als LINKE müssen klar herausstellen: Wir stehen für Weltoffenheit, Toleranz und Integration. Die „Alternative für Deutschland“ und insbesondere Gauland hingegen stehen für Rückschritt und Inhumanität.

Moritz Kirchner

## DJV verurteilt Gaulands Stimmungsmache

Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) verurteilt die Stimmungsmache des AfD-Politikers Alexander Gauland gegen Journalisten der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung (FAS). Gauland hatte behauptet, die von der FAS veröffentlichten rassistischen Äußerungen von ihm gegen den Fußball-Nationalspieler Jerome Boateng seien nicht gefallen. Gauland hatte gesagt: „Die Leute finden ihn als Fußballspieler gut. Aber sie wollen einen Boateng nicht als Nachbarn haben.“ Die FAS stellte klar, dass das Zitat genauso gefallen sei.

„Ich habe keinen Grund, an der Aussage der beiden Journalisten der renommierten Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung zu zweifeln, dass sie Gauland richtig zitiert haben“, erklärt DJV-Bundesvorsitzender Frank Überall.

„Herr Gauland versucht hier das gleiche perfide Spiel, das seine Parteichefin Frauke Petry nach dem Schießbefehl-Interview vorgemacht hat: erst durch eine menschenverachtende Aussage provozieren, dann den Rückzug antreten und die Schuld den Journalisten in die Schuhe schieben.“ Auf Unwissenheit über die journalistischen Spielregeln könne sich der AfD-Politiker nicht berufen. Gauland sei über ein Jahrzehnt lang Herausgeber der „Märkischen Allgemeinen Zeitung“ gewesen. Überall: „Hier ist ein Profi am Werk, der Journalisten zu Hilfwilligen seiner extremen Ansichten degradieren will.“ Es sei gut und richtig, dass die FAS ihre Sicht der Dinge klar, unmissverständlich und schnell mitgeteilt habe. Der mündige Leser könne sich so sein eigenes Urteil bilden.

In der Debatte um „Lügenpresse“-Vorwürfe bei Demonstrationen erklärte der DJV-Bundesvorsitzende:

„Lügen bedeutet, die Wahrheit zu kennen und bewusst das Gegenteil zu verkünden. Die Presse wird genau da angegriffen, wo es am bedrohlichsten ist: bei ihrer Glaubwürdigkeit.“

Der DJV hat wiederholt auf die extrem negative Wirkung des Begriffs „Lügenpresse“ hingewiesen. Der Schlachtruf von Pegida-Demonstranten und rechtsextremen Gewalttätern hat aus Sicht des DJV maßgeblichen Anteil am Sinken der Gewaltschwelle gegenüber Journalisten.

Politisch motivierte Übergriffe auf Journalisten dokumentiert der DJV seit Monaten in seinem Blog [www.augenzeugen.info](http://www.augenzeugen.info).

## Linksfraktion wirbt vor Ort für Gemeinschaftsschule

Schon 35 Schulen im Land Brandenburg praktizieren als gemeinsame Grund- und Oberschule bereits längeres gemeinsames Lernen. Für DIE LINKE ist das ein Modell, was unserer Vorstellung der Gemeinschaftsschule am Nächsten kommt. Daher hat sich die bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Landtag, Kathrin Dannenberg, im Mai und Juni die Zeit genommen und auf einer Schultour einige dieser Schulen besucht.

In 6 Regionen des Landes hat sie gemeinsam mit unseren regionalen Abgeordneten insgesamt 9 Schulen besichtigt, mit Lehrkräften, Schulleitungen, Schülerinnen gesprochen und abends noch in einer Veranstaltung „Wege zur Gemeinschaftsschule“ aufgezeigt. Dabei ging die Tour sowohl in den Norden (Prignitz und Oberhavel), in den Süden (Oberspreewald-Lausitz) wie auch in den Osten (Oder-Spree und Märkisch-Oderland) und Westen (Potsdam).

Überall stieß die Idee der Gemeinschaftsschule auf offene Ohren und breite Zustimmung. Kathrin Dannenberg konnte sich vor Ort davon überzeugen, dass langes gemeinsames Lernen in Brandenburg schon von engagierten Schulen gelebt wird und auch erfolgreich funktioniert. Aber es braucht dafür gesonderte Rahmenbedingungen. Diese sollen nun geschaffen werden – die Landesregierung wird ein Konzept vorlegen, mit dem langes gemeinsames Lernen gestärkt werden soll.

Langes gemeinsames Lernen ist ein op-

timales Modell für den ländlichen Raum. Mit der Gemeinschaftsschule lassen sich gerade hier an einer wohnortnahen Schule alle Bildungsgänge aufrecht erhalten. Das ist eine unserer Ideen für Chancengleichheit im Bildungsbereich in allen Teilen des Landes. Aber die Gemeinschaftsschule ist mehr – in ihr soll es auch um eine andere Lernkultur gehen, es geht um das voneinander und das miteinander Lernen, um die individuelle Förderung eines jeden Kindes. Das haben wir so z.B. eindrucksvoll in Potsdam oder in Müllrose gesehen.

Auch für die Kommunen als Schulträger ist die Gemeinschaftsschule ein interessantes Modell, um Schulstandorte zu erhalten und sogar einen Schulcampus als kommunale Bildungslandschaft zu schaffen. Daher sollten, so eine Erkenntnis der Schultour, Kommunen stärker kooperieren und die Idee des langen gemeinsamen Lernens unterstützen.

Die Tour der Fraktion ist mit den Sommerferien nicht beendet – es wird weitere Termine im September geben. DIE LINKE ist davon überzeugt, dass unsere Idee der Gemeinschaftsschule für die Kinder, für die Schulen und auch für das Land eine sehr gute Schulform ist, für die es sich zu kämpfen lohnt. Daher wird sich Kathrin Dannenberg auch im Landtag und gegenüber dem Bildungsminister für verschiedene Maßnahmen einsetzen, um langes gemeinsames Lernen zu stärken. Dazu zählen schulrechtliche, schulorganisatorische, aber auch finanzielle und personelle Verbesserungen sowie eine wissenschaftliche Begleitung. Das alles hilft, um die Gemeinschaftsschule Stück für Stück in Brandenburg zu etablieren.

Peer Jürgens

Linksfraktion im Landtag Brandenburg  
Referent für Bildung, Jugend, Kinder, Sport,  
Wissenschaft, Forschung und Kultur



## Gesundheitskarten an Geflüchtete übergeben

Die neu eingeführte elektronische Gesundheitskarte für Geflüchtete hat Elona Müller-Preinesberger am 7. Juli 2016 an Mohammad Sakker Kasem und seine Familie aus Syrien übergeben. Familie Kasem mit vier Kindern sind sechs von etwa 900 Asylsuchenden in Potsdamer Einrichtungen, die derzeit in Zusammenarbeit mit der DAK Gesundheit ihre Gesundheitskarten erhalten. Potsdam hatte sich im April 2016 der Initiative von Diana Golze (DIE LINKE), Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg, für die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte angeschlossen und ist dem Rahmenvertrag zwischen Land Brandenburg und Krankenkassen beigetreten.

Potsdam ist die erste Kommune im Land Brandenburg, in der die Karte eingeführt wurde. Die elektronische Gesundheitskarte bedeute weniger Wege und Aufwand für die betroffenen Menschen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt sowie für die Ärzte.

Bislang mussten Asylsuchende zu Beginn eines Quartals erst beim Sozialamt vorsprechen, bevor sie einen Kostenübernah-



meschein zur ambulanten medizinischen Versorgung bei einem Allgemeinmediziner, Zahnarzt oder Gynäkologen erhalten haben. Bei einer Überweisung zum Facharzt musste erneut das Sozialamt aufgesucht werden, um sich die Kostenübernahme bescheinigen zu lassen. Auch die Abrechnung der medizinischen Dienstleistungen erfolgte durch die Stadt. Durch die Ausstattung der Asylbewerber mit zeitlich befristet gültigen Krankenversichertenkarten mit einem nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) definierten Leistungskatalog haben diese einen gleichberechtigten Zugang zu gesundheitlichen Leistungen bei Ärzten, in Krankenhäusern und bei sonstigen Leistungserbringern wie die gesetzlich Krankenversicherten.

In Potsdam leben derzeit 1270 Asylbewerberinnen und Asylbewerber, in ersten Halbjahr 2016 sind mehr als 400 Menschen aufgenommen worden. Laut einer aktuellen Prognose des Landes sollen in diesem Jahr bis zu 1150 Geflüchtete in Potsdam aufgenommen werden. Dafür stehen die notwendigen Kapazitäten zur Verfügung. Derzeit hat die Landeshauptstadt 14 Einrichtungen für Geflüchtete mit mehr als 1700 Plätzen. Drei der Standorte mit insgesamt 288 Plätzen werden allerdings nur für den Notfall vorgehalten und sind aktuell nicht belegt. Das betrifft die im Vorjahr errichteten Leichtbauhallen in Drewitz, Neu Fahrland und Babelsberg. LHP **Sozialministerin Diana Golze hatte am 31. März 2016 gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern von gesetzlichen Krankenkassen in Brandenburg die Rahmenvereinbarung zur Übernahme der Krankenbehandlung für Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz unterzeichnet (FOTO). Damit war der Weg frei für die Gesundheitskarte.**

## Biosphäre im Volkspark – ein Stadtteilzentrum für den Norden!

Die Biosphäre ist ein wichtiger Identifikationspunkt für das Bornstedter Feld und eine der wenigen öffentlichen Einrichtungen im Stadtteil. Sie liegt zentral und verkehrsgünstig im Herzen des Potsdamer Nordens. DIE LINKE. tritt dafür



ein, die Biosphäre dauerhaft zu erhalten und für den Stadtteil zu entwickeln. Wie andere Quartiere Potsdams braucht auch das Bornstedter Feld einen

öffentlichen Raum für vielfältige Aktivitäten, Veranstaltungen und Ideen der Bürgerschaft. Mit der Weiterentwicklung der Biosphäre zu einem Stadtteilzentrum könnte genau dieser Raum entstehen. Eine Nutzung des Gebäudes als Schule würde dem entgegenstehen.

Dazu braucht es einen intelligenten Mix verschiedener Nutzungsformen, um das Haus dauerhaft wirtschaftlich betreiben zu können. Der Kern der Biosphäre sollte als touristische und naturwissenschaftliche Erlebnis- und Bildungseinrichtung mit einem neuen Betreiber weiterentwickelt werden. Dazu stellen wir uns unterschiedliche Kooperationen beispielsweise mit dem Naturkundemuseum, der Universität, dem Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung (PIK) oder dem Institut für Nachhaltigkeit vor.

In den Nebenbereichen, wie dem heutigen Foyer, dem Verwaltungsbereich und den hinteren Anbauten könnten beispielsweise der dringend benötigte Jugendclub, eine Kita, ein Nachbarschaftscafé, ein Stadtteilkino und Veranstaltungsräume entstehen. Auch kleinere gewerbliche Nutzungen und gastronomische Angebote wären denkbar.

Wir sehen die Biosphäre als attraktives Stadtteilzentrum mit vielfältigen Nutzungen im beliebten Volkspark. Dafür werden wir uns weiter stark machen!

Sie haben Anregungen oder wollen uns unterstützen?

Kontakt:

DIE LINKE. Potsdam

Dortstr. 53, Atrium

14467 Potsdam

Mail: [info@dielinke-potsdam.de](mailto:info@dielinke-potsdam.de)

<http://www.dielinke-potsdam.de>

<https://www.facebook.com/DIELINKE.PotsdamMitte>

## „LAG SozialGesund Brandenburg“ in Potsdam gegründet.

Zwei Jahre dämmerte die LAG Gesundheit und Soziales im Dornröschenschlaf. In der Zwischenzeit stieß das Gesundheitssystem weiter an seine Grenzen. Die Gier nach Profit, auf Kosten von Personal und Patienten nehmen zu.

Potsdam wird, was angemessenes Wohnen angeht, unbezahlbar. Das Tafelsilber in den Kommunen des Landes wird auch weiter vergoldet! Themen die uns alle bewegen, interessieren, wir aber zu wenig tun, sagen, kaum bewegen, um etwas zu ändern.

Wir laden herzlichst ein, aktiv mitzuarbeiten. Die LAG SozialGesund Brandenburg, gegründet im Mai 2016, wird sich wieder aktiv um diese Themen kümmern und daran arbeiten, zukunftsorientierte Lösungen zu erarbeiten und diese zur Diskussion zu stellen. Nur eine starke, breit aufgestellte Gemeinschaft ist in der Lage, die unterschiedlichsten Standpunkt, Meinungen und Ansätze zu vereinen und neue Strategien zu entwickeln. Wir freuen uns auf interessierte MitstreiterInnen. Die erste Mitgliederversammlung findet übrigens am 6. August 2016 um 15.00 Uhr, in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE.Potsdam, Dortustraße 53, statt.

Interessierte Genossinnen und Genossen, Bürgerinnen und Bürger sind

**27. LINKES Sommerfest**  
**Politik & Kultur unterm „Mercur“**  
 Talks zur Politik in Stadt, Land und Bund mit Abgeordneten der LINKEN  
 Musik & Satire, Tombola, Speis & Trank  
 Große Familienwiese mit Ponyreiten, Hüpfburg, Kinderschminken uvm.  
 ab 18.00 Uhr red summer open air mit Lari, Disco Balls (Prag) und Rantanplan (Hamburg)  
**27.08. 2016, ab 13.00 Uhr**  
**Neuer Lustgarten, Neptunbecken**  
**DIE LINKE.**  
 www.dielinke-potsdam.de

**red summer open air 2016**  
**27.08.2016, 18.00h**  
**Neuer Lustgarten Potsdam**  
**18.00 Lari & die Pausenmusik (Akustik-Rock, Berlin)**  
**19.15 Disco Balls (Ska/Punk, Prag)**  
**20.30 Rantanplan (Ska/Punk, Hamburg)**  
 präsentiert von:  
**DIE LINKE.**  
**EINTRITT FREI!**  
 www.dielinke-potsdam.de



jederzeit willkommen mit zu arbeiten. Erreichen kann man/frau die LAG SozialGesund Brandenburg per E-Mail oder auf Facebook - lag-sozialgesund@dielinke-brandenburg.de und www.facebook.com/sozialgesund.bb

## Mit menschlichem Maß

### Lothar Bisky zum 75. Geburtstag



VSP: Thomas Nord, MdB

**12. August**, 17 bis 19 Uhr, Landesgeschäftsstelle in Potsdam, Alleestraße 3

**26. August**, 16 bis 18 Uhr, Festsaal des Alten Rathauses in Fürstenwalde/Spree, Am Markt 1

**4. September**, 11 bis 13 Uhr, Filmuniversität Babelsberg Konrad Wolf in Potsdam, Marlene-Dietrich-Allee 11

[www.bisky.dielinke-brandenburg.de](http://www.bisky.dielinke-brandenburg.de)

**DIE LINKE.**

## TIPPS...TIPPS...TIPPS...TIPPS...TIPPS...TIPPS...TIPPS...TIPPS

### Fahrradwerkstatt Plattenfix – helfende Hände erwünscht

Die Fahrradwerkstatt für und mit Geflüchteten hat bereits mehr als 250 Fahrräder in neue Hände übergeben können. Immer mittwochs ab 13 Uhr öffnen sie die Tore in der Haeckelstraße.

Hier werden noch fleißige, radliebende Reparatoren gebraucht, die nebenbei auch ein paar Brocken arabisch oder Farsi lernen können. Außerdem wäre es eine große Hilfe, wenn abzugebende Fahrräder allein den Weg ins „Plattenfix“ fänden oder sich nette Transporteure dazu bereit finden könnten.

**Wer will?**

**Jeden Mittwoch, 13-17 Uhr:** Fahrradwerkstatt „Plattenfix“, Haeckelstraße 74, Telefon: 0331/5881257 (Marcel)

### RLS-Förderpreis für junge AutorInnen

Mit ihrem jährlich ausgeschriebenen Förderpreis unterstützt die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg junge AutorInnen oder KünstlerInnen, deren Werk sich mit der Gesellschaft im Sinne Rosa Luxemburgs beschäftigt. Wer nicht älter als 35 Jahre ist und ein wissenschaftliches, publizistisches oder künstlerisches Werk geschaffen hat, das als fertiges Manuskript vorliegt und auf seine Veröffentlichung wartet, kann sich um den Förderpreis bestehend aus einem Preisgeld in Höhe von 500 €, der Übernahme der Druckkosten für eine Publikation mit bis zu 250 Seiten (bei Texten) sowie 20 freien Autorenexemplaren bewerben.

Die Bewerbungsfrist endet am 31. August.

Die genauen Bewerbungsanforderungen können Sie/können ihr unserer Webseite entnehmen: <http://www.brandenburg.ro>

3		6	7		8
	9		1		
4					2
9	2		7	1	
	5	8	1	9	
8	7		5	6	
2					5
	4		6		
7		1	6		3

## SUDOKU

### Auflösung Juli

1	9	3	5	6	4	2	8	7
8	5	2	1	7	9	6	4	3
4	6	7	2	3	8	1	9	5
9	3	4	7	2	1	5	6	8
7	1	6	4	8	5	9	3	2
5	2	8	6	9	3	4	7	1
2	7	9	8	5	6	3	1	4
6	8	1	3	4	2	7	5	9
3	4	5	9	1	7	8	2	6

### „Die AfD – die Mitte und der rechte Rand“

Am Montag, 05.09.2016, ab 19.00 Uhr, startet die Eröffnungsveranstaltung der „Akademie zur antifa. Bildung“ (AzaB) bei der Fritz-Teppich-Bibliothek im „Freiland“ Potsdam mit freundlicher Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit einem Vortrag und Diskussion zum Thema „Die bürgerliche Mitte der Gesellschaft und rechtes Gedankengut. Die AfD und der rechte Rand“. Ort: „freiland“ Potsdam, Friedrich - Engels - Str. 22, Haus 2.